

Präambel – Das christliche Menschenbild

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik, seine Erwartungen, seine Hoffnungen, seine Sorgen. In Mecklenburg-Vorpommern leben heute Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und Weltanschauung zusammen. Im Angesicht der großen Vielfalt an Lebensauffassungen und Lebensplänen, die unabhängig voneinander ihre Berechtigung haben, sind gemeinsame Wertvorstellungen Fundament und Rahmen unseres Handelns. Sie speisen sich aus der historischen Erfahrung und grundlegenden ethischen Koordinaten. Daran halten wir als Basis humaner Politik fest.

Identität, Tradition, Innovation

Die Würde des Menschen – auch des Ungeborenen und des Sterbenden – ist unantastbar. Politische Entscheidungen sind immer daran zu messen, ob sie den Menschen und sein Wohl in den Mittelpunkt stellen. Das christlich geprägte Bild vom Menschen, seiner persönlichen Freiheit und seiner Verantwortung auch gegenüber dem Nächsten, ist Grundlage unseres Selbstverständnisses. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung zu einem sozialen und mitfühlenden Staat. Die CDU steht „mitten im Leben“. Wir ringen um die besten Lösungen, indem wir Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Meinungen wertschätzen und viele Menschen politisch auf einem festen Wertefundament vereinen.

Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs haben sich in der CDU Deutschlands Christen beider großer Konfessionen zu einem demokratischen Neuanfang zusammengefunden. Im Mittelpunkt stand der Wiederaufbau des Landes. In Mecklenburg-Vorpommern folgte nach Überwindung der SED-Diktatur im Herbst 1989 der Wandel zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Diese Geschichte bleibt für uns Verpflichtung.

Wir wissen um die Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten. Menschliche Erkenntnis bleibt immer vorläufig und fehleranfällig, menschliches Handeln unvollkommen. Daher stehen wir Ideologien und Utopien kritisch gegenüber. Wir wollen auf dem jeweiligen Stand des Wissens Schritte zur Verbesserung ableiten. Das erfordert Geduld und Zähigkeit, Dialog und Kompromissbereitschaft. Eigene Positionen müssen kritisch überprüft werden. Dazu dient die durch Meinungsvielfalt geprägte, kritische und kontroverse Auseinandersetzung mit unseren eigenen Positionen, die wir fördern und pflegen wollen. Wir stehen für einen wirklichkeitsnahen Politikstil. Um ein würdevolles Leben zu ermöglichen, ist für unsere Politik das Bemühen um Ausgewogenheit, Maß und Mitte entscheidend.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns ist im Land auf allen Ebenen verankert und präsent. In den Kommunen wirken wir bei der Selbstverwaltung mit und gestalten das unmittelbare Lebensumfeld unserer Bürgerinnen und Bürger. In Land und Bund setzt die CDU die entscheidenden Rahmenbedingungen. Heimatgefühl und Weltoffenheit, Geschichtsbewusstsein und Lust auf Zukunft, Pflege von Tradition und Schaffen von Innovation: Das sind für

uns keine Gegensätze. Menschen, Gesellschaften und Nationen leben in dieser fruchtbaren Spannung. Die Verankerung in einer Familie, in einer Region, der Stolz darauf: Das ist nicht von gestern. Es ist vielmehr die Voraussetzung für den freien Blick in die Welt des 21. Jahrhunderts mit den Herausforderungen von Digitalisierung, Migration und Globalisierung. Die über 1000-jährige Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns mit ihrer besonderen Mischung aus Bodenständigkeit und hanseatischem Geist macht heute Mut zu Neuem. Tradition und Innovation, Bewahrung durch Erneuerung: Das ist die Haltung, mit der wir, die CDU für Mecklenburg-Vorpommern Politik machen wollen. Wir wollen Gegensätze verbinden.

Personalität, Freiheit, Menschenwürde

Die christliche Glaubenstradition begreift den Menschen als Ebenbild Gottes. Mit Vernunft begabt und zur Freiheit bestimmt, sind wir in die Lage versetzt, die Erde als Lebensraum zu gestalten. Dem Menschen ist die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung übertragen. Hiermit verbunden ist die grundlegende Wertschätzung von Wirtschaft, Arbeit, Technik und Wissenschaft. Arbeit dient nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern gibt dem Leben Würde, gesellschaftliche Teilhabe und Erfüllung. Wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Fortschritt sind dazu da, diesem Auftrag gerecht zu werden und unser Leben zu erleichtern und zu bereichern.

Jeder Mensch ist eine einmalige und unverwechselbare Person und mit einer gleichen und unverlierbaren Würde ausgestattet. Sie umfasst das ganze Leben vom Anfang bis zum Ende und bedarf des besonderen Schutzes von Staat und Gesellschaft. Dieser Schutz gilt vor allem den Wehrlosen und Schwachen, den ganz Jungen und den Alten, den Pflegebedürftigen und den Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Ihre Teilhabe am Leben muss ermöglicht und gesichert werden.

Die Freiheit des Glaubens, des Denkens und der persönlichen Selbstbestimmung ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Da Freiheit aber in Verantwortung eingebettet sein muss, findet sie ihre Grenzen in den Rechten anderer. Religionsfreiheit und Pressefreiheit, aber auch die Meinungs- und Koalitionsfreiheit sind für ein demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar. Der Erfolg in Freiheit getroffener Entscheidungen ist ungewiss und kann nicht garantiert werden. Dies beinhaltet die Möglichkeit des Scheiterns. Daraus ergibt sich die Verantwortung für das eigene Handeln, die eigene Person, die eigene Familie.

Wir wissen, Freiheit ist nicht selbstverständlich. Als Garant der Menschenwürde war sie durch zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts unterdrückt. Trotzdem ist es gelungen, die Fesseln der Unfreiheit zu lösen und die Mauern zu durchbrechen. Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, auch aus unserer Partei, haben daran ihren Anteil oder haben sich gegen Unrecht aufgelehnt, wie beispielsweise Siegfried Witte. Wir alle können stolz sein auf diese Geschichte und sollten immer wieder an sie erinnern. Jeder Mensch hat heute das Recht, in freier Entscheidung sein eigenes Glück zu suchen.

Freiheit und Verantwortung: Zwischen diesen beiden Pole ist der Mensch sowie sein Eigentum gestellt. Menschliche Freiheit ist in soziale und natürliche Zusammenhänge einge-

bettet. Wer frei handelt, dem wird sein Handeln zugerechnet. Wer die freiheitlichen Grundrechte in Anspruch nimmt, muss dafür auch gerade stehen. Rechte bedeuten immer zugleich auch Pflichten. Freiheit ist daher unlöslich mit der Verantwortung für das Gemeinwohl verbunden.

Ein Handeln mit Tugenden: Jeder Mensch soll sich seiner Fähigkeiten, seiner Talente, seiner Schwächen und seiner Rechte bewusst werden. In diesem Bewusstsein der eigenen Stärke und des eigenen Wertes sollen Entscheidungen eigenverantwortlich getroffen werden. Hierzu muss sich jeder eine Meinung bilden und seinen Verstand gebrauchen. Der Staat hat sich hierbei nicht einzumischen und individuelle Meinungen zu akzeptieren und zu respektieren. All dies gilt im Bewusstsein der Fehlbarkeit des Menschen. Jeder kann irren. Deshalb gehören Selbstbewusstsein und Demut zusammen. Von jedem selbstbewussten Bürger muss auch erwartet werden, kritisch und zweifelnd auf die eigenen Ansichten zu blicken und so Fehler und Irrtümer zu korrigieren und einen Erkenntnisprozess zu durchlaufen. Dies gilt in besonderer Weise für unsere eigene Politik und die Verantwortungsträger in unserer Gesellschaft.

Solidarität und Gerechtigkeit

Der Mensch ist ein soziales Wesen. Menschen leben in Beziehungen zu anderen und tragen Verantwortung füreinander, insbesondere für die nachwachsende Generation. Die Familie bildet die Keimzelle der Gesellschaft. Hier wird erfahren, was es bedeutet, ein Mensch zu sein und als Mensch zu leben.

Die Familie ermöglicht individuelle Verwirklichung und das Zusammenleben von Generationen. Sie schafft die Voraussetzung für das gelingende Aufwachsen von Kindern. Wo Eltern und Kinder zusammen leben, da ist Familie. Kinder sind ein Segen und bedeuten Zukunft. Es bedarf für gelingende Erziehung von Kindern einer neuen Balance zwischen Beruf und Familie, für Frauen und für Männer. Bildung muss ganzheitlich „von klein auf“ gedacht werden. Sie beginnt mit der Beziehung von Eltern und Kindern. Diese braucht vor allem eines: Zeit.

Die Ehe genießt den besonderen Schutz des Staates. Sie ist aber nicht das alleinige Modell, nach dem Menschen leben. Wir sind offen für andere und neue Modelle des Zusammenlebens zwischen und innerhalb von Generationen.

Die historische Erfahrung lehrt: Keine Gesellschaft kann ohne inneren Zusammenhalt und -freiwillige oder verpflichtende Solidarität leben und überleben. Die Solidarsysteme, insbesondere die Sozialversicherungen, sind ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft und Errungenschaften unseres Staates. Ein gerechter Ausgleich legitimer unterschiedlicher Bedürfnisse und Interessen ist daher unabdingbar.

Die Solidarität der Menschen untereinander begrenzt den Egoismus Einzelner und gesellschaftlicher Gruppen. Jeder trägt Verantwortung für seine Mitmenschen. Entscheidend dabei ist die freiwillige und uneigennützigte Zuwendung zum Nächsten, die sich an den eigenen Möglichkeiten orientiert. Solidarität setzt keine Bedürftigkeit voraus, sondern gilt

für jedermann. Auf dieser warmherzigen Haltung beruht der gesellschaftliche Zusammenhalt, alles ehrenamtliche Engagement und ein freies, friedliches und rücksichtsvolles Miteinander. Jeder Mensch kann zu unserem Nächsten werden und auf unsere Hilfe angewiesen sein. Auch wir möchten uns im Notfall auf andere verlassen können.

Zuwendung findet in erster Linie in der Familie, im Freundeskreis, im persönlichen Lebensumfeld der örtlichen Gemeinschaft statt. Sie muss aber auch in größeren Zusammenhängen der Gesellschaft eine Rolle spielen. Wie können wir einander am besten dienen, ist die Frage, die uns dabei antreiben soll.

Diese Frage soll sich im staatlichen Handeln wiederfinden. Wir sehen den Staat mit einem Solidaritätsgedanken ausgestattet, der zuvorderst die zwischenmenschliche Solidarität fördern soll und nicht zu einem Anspruchsdenken in der Bevölkerung beiträgt.

Ziel jeder Hilfemuss es sein, den Menschen in der eigenverantwortlichen und selbstbewussten Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte zu stärken. Jede Unterstützung durch den Staat im weitesten Sinne setzt die Erwartung von Mitwirkung und eigenem Engagement voraus, um die Hilfsbedürftigkeit möglichst schnell zu beenden. Hilfebedürftigkeit darf keine eigene Attraktivität entwickeln. Und Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht das Angleichen von Unterschieden, sondern das Ermöglichen von Chancen und Leistungsgerechtigkeit.

Christdemokratische Politik übt Solidarität gegenüber den Schwächeren, bevormundet die Menschen aber nicht. Die besondere Verbindung von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist die Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft. Sie ist leitend für die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und von allen, auch den Zuwandernden, zu respektieren.

Solidarität bedeutet für uns in Mecklenburg-Vorpommern auch Ausgleich von Stärken und Schwächen zwischen Kommunen und Regionen unseres Landes und in ganz Deutschland. Zudem: Deutschland alleine kann seine und die Probleme der Welt nicht lösen. Es bedarf daher der europäischen und internationalen Abstimmung und Solidarität, um allen Menschen dort, wo ihre Heimat ist, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dabei bleiben das Recht auf Asyl und der Schutz von Kriegsflüchtlingen unbestritten.

Subsidiarität

Was der Einzelne, was Private und kleine Gemeinschaften selbst leisten und regeln können, soll ihre Aufgabe sein; das soll der Staat nicht übernehmen. Wir wollen die kleinen Einheiten, die Familien, die freiwilligen Zusammenschlüsse stärken und bürgerschaftlichen Einsatz fördern. Denn Menschen und Gruppen von Menschen bauen in ihrer Vielfalt die Gesellschaft auf. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich von unten organisiert. Und wir wollen einen Staat, der sich von unten organisiert.

Im Aufbau des Gemeinwesens gilt daher das Prinzip der Subsidiarität. Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort, in den Städten und Gemeinden, entschieden werden. Dies gilt mit besonderem Blick auf die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums.

Die „höheren“ staatlichen Verantwortungsebenen haben eine ordnende und sichernde, insgesamt aber dienende und helfende Funktion. Das muss auch in der Finanzausstattung der unteren Ebenen zum Ausdruck kommen. Erst wenn sie keine befriedigenden Ergebnisse erzielen können wollen wir der nächsthöheren Stelle die Aufgabe übertragen.

Unser Anspruch ist, dass sich staatliches Handeln möglichst nah am Bürger orientieren muss. Die Bürger früh in Verfahren und Entscheidungen einzubeziehen und möglichst stark an der Verantwortung für die Lösung der Probleme zu beteiligen, ist unser Ziel. Wir stehen für bürgernahe Verwaltung und für starke Selbstverwaltung. Je enger der Kontakt der Bürger zur Selbstverwaltung, umso besser. Wir betrachten kleine Strukturen als einen Schatz, der Individualität, Vielfalt, Nähe des Staates und Gemeinsinn hervorbringt. Dies zu erhalten und zu fördern muss uns etwas wert sein.

Das Prinzip der Subsidiarität gilt auch im Verhältnis der Länder und des Bundes zur Europäischen Union. Diese verfolgt als Gemeinschaft von Staaten eine immer engere Union der Völker Europas. Schritte zu einem immer enger verbundenen und geeinten Europa können nur gelingen, wenn Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten weiter die Dinge gestalten können, bei denen sie die größere Sachnähe haben. Ein Europa, das in Vielfalt geeint ist, bietet dafür die besten Möglichkeiten. Es wahrt die Rechte des Einzelnen im Bewusstsein der Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung

Wir Menschen sind wesentlich verantwortlich für die Schöpfung, also das Ökosystem Erde mit seiner Natur und mit der Vielfalt alles Lebendigen. Biodiversität ist die Grundlage unserer Existenz. Tier- und Umweltschutz sind für uns ethischer Anspruch. In alledem gilt der Grundsatz der Nachhaltigkeit. Wir wollen mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen sorgsam umgehen und das reichhaltige Naturerbe unserer Heimat für künftige Generationen erhalten.

Es muss zwischen der menschlichen Gesellschaft und der Natur eine Ausgewogenheit von Geben und Nehmen herrschen. Dies setzt den Einklang mit der Schöpfung und eine Nachhaltigkeit in der Nutzung der natürlichen Ressourcen voraus. Unser Ziel ist ein stabiles und langlebiges, auf Kreisläufen beruhendes System. Daran wollen wir unser politisches Handeln bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen ausrichten.

Wir können nicht auf Dauer über unsere Verhältnisse leben, denn wir haben nur diese eine Erde. Sie ist das gemeinsame Haus, in dem wir leben. Nur ein schonender Umgang mit den endlichen Ressourcen der Erde schafft einen Wohlstand, der gerecht ist und auch anderen Völkern Chancen gibt, Wohlstand zu entwickeln.